

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2020/203806]

16. JULI 2020 — Erlass der Regierung zur Abänderung des Erlasses der Regierung vom 19. April 1995 zur Festlegung des Anerkennungs- und Schliessungsverfahrens für Krankenhäuser und Krankenhausdienste

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen, Artikel 20;

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, Artikel 7;

Aufgrund des koordinierten Gesetzes vom 10. Juli 2008 über die Krankenhäuser und andere Pflegeeinrichtungen, Artikel 14/2 § 2 Absatz 2, eingefügt durch das Gesetz vom 28. Februar 2019, Artikel 69, Artikel 72 und Artikel 74;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 19. April 1995 zur Festlegung des Anerkennungs- und Schliessungsverfahrens für Krankenhäuser und Krankenhausdienste;

Aufgrund der Berichterstattung der Generalversammlung des Rechnungshofes vom 10. September 2019;

Aufgrund des Gutachtens des Krankenhausbeirats, das am 11. September 2019 abgegeben wurde;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 20. Februar 2020;

Aufgrund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt, vom 21. Februar 2020;

Aufgrund des Gutachtens Nr. 67.110/3 des Staatsrates, das am 15. April 2020 in Anwendung von Artikel 84 § 1 Absatz 1 Nummer 2 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973 abgegeben wurde;

In Erwägung des Zusammenarbeitsprotokolls vom 30. Dezember 2019 zwischen der Wallonischen Region, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission Brüssel-Hauptstadt, der Französischen Gemeinschaft und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Anerkennung von lokoregionalen klinischen Krankenhausnetzwerken bestehend aus Krankenhäusern, die der Zuständigkeit verschiedener Teilstaaten unterliegen;

Auf Vorschlag des für Gesundheit zuständigen Ministers;

Nach Beratung,

Beschließt:

Artikel 1 - Artikel 1 des Erlasses der Regierung vom 19. April 1995 zur Festlegung des Anerkennungs- und Schliessungsverfahrens für Krankenhäuser und Krankenhausdienste wird wie folgt abgeändert:

1. Nummer 1 wird wie folgt ersetzt:

“1° das Gesetz über die Krankenhäuser: das koordinierte Gesetz vom 10. Juli 2008 über die Krankenhäuser und andere Pflegeeinrichtungen;”

2. Nummer 3 wird wie folgt ersetzt:

“3° der Beirat: der Krankenhausbeirat der Deutschsprachigen Gemeinschaft;”

3. es werden folgende Nummern 5-6 eingefügt:

“5° das lokoregionale klinische Krankenhausnetzwerk: die in Artikel 14/1 des Gesetzes über die Krankenhäuser beschriebene Zusammenarbeit in Form einer Rechtsperson zwischen mindestens zwei einzeln anerkannten Krankenhäusern in einem geografisch zusammenhängenden Gebiet, die ergänzende und rationalisierte lokoregionale Pflegeaufträge anbieten

6° die Verwaltung: das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft.”

Art. 2 - In Artikel 2 desselben Erlasses wird die Wortfolge “ein Krankenhaus oder einen Krankenhausdienst” durch die Wortfolge “ein Krankenhaus, einen Krankenhausdienst oder ein lokoregionales klinisches Krankenhausnetzwerk” ersetzt.

Art. 3 - Artikel 4 § 1 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. in Nummer 1 wird die Wortfolge “Artikel 26” durch die Wortfolge “Artikel 39” ersetzt;

2. in Nummer 2 wird die Wortfolge “Artikel 29” durch die Wortfolge “Artikel 42” und das Wort “Krankenhausdiensten” durch das Wort “Krankenhausdiensten” ersetzt.

Art. 4 - In denselben Erlass wird folgendes Kapitel IV.1, das die Artikel 10.1-10.9 umfasst, eingefügt:

“KAPITEL IV.1 - ANERKENNUNG IM RAHMEN DER KLINISCHEN VERNETZUNG ZWISCHEN KRANKENHÄUSERN

Abschnitt 1 — Gemeinsame Bestimmungen

Art. 10.1 - Der Antragsteller, der eine Anerkennung als lokoregionales klinisches Krankenhausnetzwerk, das sich über das deutsche Sprachgebiet erstreckt, zu erhalten wünscht, stellt einen entsprechenden Antrag bei der Verwaltung.

Der Antragsteller, der bereits über eine in Absatz 1 erwähnte Anerkennung verfügt und Änderungen an der Verteilung des medizinischen Angebots vorzunehmen wünscht, benötigt eine neue Anerkennung. Er stellt einen entsprechenden Antrag bei der Verwaltung.

Art. 10.2 - Damit der in Artikel 10.1 erwähnte Antrag zulässig ist, muss dieser folgende Unterlagen enthalten:

1. eine Auflistung der am lokoregionalen klinischen Krankenhausnetzwerk beteiligten bereits anerkannten Krankenhäuser;
2. einen Konzeptplan über die Verwaltung und Struktur des lokoregionalen klinischen Krankenhausnetzwerks;
3. eine Auflistung der Krankenhausdienste, -funktionen und Pflegeprogramme der am lokoregionalen klinischen Krankenhausnetzwerk beteiligten Krankenhäuser, aufgeschlüsselt nach Verteilung dieser Dienste, Funktionen und Pflegeprogramme pro Krankenhausstandort.

Innerhalb einer Frist von vierzehn Tagen ab Erhalt des in Absatz 1 erwähnten Antrags entscheidet der Minister, ob dieser vollständig ist und setzt den Antragsteller über die Zulässigkeit des Antrags in Kenntnis.

Wenn der Antrag unvollständig ist, kann der Antragsteller nach entsprechender Aufforderung durch die Verwaltung seinen Antrag vervollständigen. Nach Vervollständigung setzt der Minister den Antragsteller über die Zulässigkeit in Kenntnis.

Abschnitt 2 — Verfahren für Anträge mit hauptsächlichem Bezug zum deutschen Sprachgebiet

Art. 10.3 - Die Bestimmungen des vorliegenden Abschnitts sind anwendbar auf Anerkennungsanträge als lokoregionales klinisches Krankenhausnetzwerk, falls:

1. die Mehrzahl der an ihm beteiligten Krankenhäuser innerhalb des deutschen Sprachgebietes liegt, oder;
2. die an ihm beteiligten Krankenhäuser gleichermaßen über mehrere Teilstaaten verteilt sind und die Mehrzahl der Anzahl Krankenhausbetten innerhalb des deutschen Sprachgebietes liegt.

Art. 10.4 - Die Erteilung der in Artikel 10.1 erwähnten Anerkennungen unterliegt folgenden Bedingungen:

1. das lokoregionale klinische Krankenhausnetzwerk entspricht der in Artikel 14/2 § 2 Absatz 1 Nummer 2 und Absatz 2 des Gesetzes über die Krankenhäuser vorgesehenen Programmierung;
2. aus den eingereichten Unterlagen wird ersichtlich, dass das lokoregionale klinische Krankenhausnetzwerk die in Titel I Kapitel II Abschnitt 4 und die in Artikel 22/1 des Gesetzes über die Krankenhäuser festgelegten Vorgaben einhält;
3. das lokoregionale klinische Krankenhausnetzwerk erfüllt die ggf. gemäß dem Artikel 67 Absatz 1 Nummer 5 des Gesetzes über die Krankenhäuser festgelegten Sondernormen;
4. die Verteilung des medizinischen Angebots zwischen den am lokoregionalen klinischen Krankenhausnetzwerk beteiligten Krankenhäusern durch den Antragsteller pro Krankenhausstandort festgelegt worden.

Art. 10.5 - Nach Erhalt des vollständigen Antrags prüft die Verwaltung, ob die in Artikel 10.4 festgelegten Anerkennungsbedingungen erfüllt sind.

Die Verwaltung kann den Antragsteller auffordern, jegliche Unterlagen vorzulegen oder zusätzliche Auskünfte zu erteilen. Sie kann ihm eine Frist einräumen, um die in Artikel 10.4 festgelegten Bedingungen zu erfüllen.

Art. 10.6 - § 1 - Die Verwaltung übermittelt dem Beirat den Antrag auf Anerkennung mit sämtlichen Unterlagen.

Gleichzeitig teilt die Verwaltung dem Antragsteller die Ergebnisse ihrer Prüfung mit. Dieser verfügt über eine Frist von vierzehn Tagen, um dem Beirat sowie der Verwaltung seine Bemerkungen mitzuteilen.

§ 2 - Der Beirat übermittelt dem Minister innerhalb eines Monats nach Ablauf der in Paragraph 1 Absatz 2 erwähnten Frist sein Gutachten.

Wird innerhalb der gemäß Absatz 1 eingeräumten Frist kein Gutachten vorgelegt, so gilt das Gutachten als günstig.

Bei negativem Gutachten teilt die Verwaltung dem Antragsteller die Bemerkungen des Beirats mit und fordert ihn auf, innerhalb einer Frist von vierzehn Tagen, zu diesen Bemerkungen bei der Verwaltung Stellung zu beziehen.

Art. 10.7 - Der Minister erteilt oder verweigert die Anerkennung als lokoregionales klinisches Krankenhausnetzwerk oder die Anerkennung für die Änderung an der Verteilung des medizinischen Angebots innerhalb eines Monats ab dem letztstattfindenden der nachfolgenden Ereignisse:

1. der Beirat erteilt sein Gutachten gemäß Artikel 10.6 § 2 Absatz 1;
2. die Frist zur Erteilung eines Gutachtens läuft aus gemäß Artikel 10.6 § 2 Absatz 2;
3. die Konzertierung zwischen den zuständigen Teilstaaten findet statt gemäß Artikel 8 des Zusammenarbeitsprotokolls vom 30. Dezember 2019 zwischen der Wallonischen Region, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission Brüssel-Hauptstadt, der Französischen Gemeinschaft und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Anerkennung von lokoregionalen klinischen Krankenhausnetzwerken bestehend aus Krankenhäusern, die der Zuständigkeit verschiedener Teilstaaten unterliegen.

Der Minister teilt dem Antragsteller seinen Beschluss über die Anerkennung als lokoregionales klinisches Krankenhausnetzwerk bzw. die Anerkennung für die Änderung an der Verteilung des medizinischen Angebots mit und trägt das Netzwerk im ersten Fall bei einer günstigen Entscheidung in die gemäß Artikel 14/2 § 2 Absatz 2 des Gesetzes festgelegte Programmierung ein. Er übermittelt den Beschluss zeitgleich an die zuständige Behörde des Teilstaats, in dessen Zuständigkeit die übrigen Krankenhäuser des lokoregionalen klinischen Krankenhausnetzwerks fallen.

Im Fall eines positiven Beschlusses des Ministers wird die Anerkennung erst wirksam, wenn die in Absatz 2 erwähnte zuständige Behörde eines anderen Teilstaats ihrerseits einen positiven Beschluss gefasst hat.

Abschnitt 3 — Verfahren für Anträge ohne hauptsächlichlichen Bezug zum deutschen Sprachgebiet

Art. 10.8 - Die Bestimmungen des vorliegenden Abschnitts sind anwendbar auf Anerkennungsanträge als lokoregionales klinisches Krankenhausnetzwerk, das sich über das deutsche Sprachgebiet erstreckt, falls:

1. dessen Mehrzahl der an ihm beteiligten Krankenhäuser außerhalb des deutschen Sprachgebietes liegt, oder;
2. dessen an ihm beteiligten Krankenhäuser gleichermaßen über mehrere Teilstaaten verteilt sind, die Mehrzahl der Anzahl Krankenhausbetten jedoch außerhalb des deutschen Sprachgebietes liegt.

Art. 10.9 - Der Minister erteilt oder verweigert nach der gemäß Artikel 11 des in Artikel 10.7 Absatz 1 Nummer 3 erwähnten Zusammenarbeitsprotokolls erfolgten Konzertierung innerhalb einer Frist von einem Monat ab Erhalt des Beschlusses über die Anerkennung als lokoregionales klinisches Krankenhausnetzwerk der zuständigen Behörde des Teilstaats, in dessen Zuständigkeit die Mehrzahl der Krankenhäuser oder Krankenhausbetten fällt, die Anerkennung als lokoregionales klinisches Krankenhausnetzwerk.

Der Minister teilt dem Antragsteller seinen Beschluss über die Anerkennung als lokoregionales klinisches Krankenhausnetzwerk bzw. die Anerkennung für die Änderung an der Verteilung des medizinischen Angebots mit.“

Art. 5 - In Artikel 11 Absatz 1 desselben Erlasses der Regierung wird die Wortfolge "ein Krankenhaus oder ein Krankenhausdienst" durch die Wortfolge "ein Krankenhaus, ein Krankenhausdienst oder ein lokoregionales klinisches Krankenhausnetzwerk" ersetzt.

Art. 6 - Vorliegender Erlass tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2020 in Kraft.

Art. 7 - Der Minister für Gesundheit wird mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 16. Juli 2020

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft:
Der Ministerpräsident, Minister für lokale Behörden und Finanzen
O. PAASCH
Der Vize-Ministerpräsident,
Minister für Gesundheit und Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen
A. ANTONIADIS

TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[2020/203806]

16 JUILLET 2020. — Arrêté du Gouvernement modifiant l'arrêté du Gouvernement du 19 avril 1995 fixant la procédure d'agrément et de fermeture des hôpitaux et des services hospitaliers

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles, l'article 20;

Vu la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, l'article 7;

Vu la loi relative aux hôpitaux et à d'autres établissements de soins, coordonnée le 10 juillet 2008, l'article 14/2, § 2, alinéa 2, inséré par la loi du 28 février 2019, et les articles 69, 72 et 74;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 19 avril 1995 fixant la procédure d'agrément et de fermeture des hôpitaux et des services hospitaliers;

Vu le compte rendu de l'assemblée générale de la Cour des comptes, tenue le 10 septembre 2019;

Vu l'avis de la Commission consultative pour les hôpitaux, rendu le 11 septembre 2019;

Vu l'avis de l'Inspecteur des Finances, donné le 20 février 2020;

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget, donné le 21 février 2020;

Vu l'avis du Conseil d'État n° 67.110/3, donné le 15 avril 2020, en application de l'article 84, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 2^o, des lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973;

Considérant le protocole de coopération du 30 décembre 2019 entre la Région wallonne, la Commission communautaire commune de Bruxelles-Capitale, la Communauté française et la Communauté germanophone relatif à l'agrément de réseaux hospitaliers cliniques locorégionaux comportant des hôpitaux relevant de la compétence de différentes entités;

Sur la proposition du Ministre compétent en matière de Santé;

Après délibération,

Arrête :

Article 1^{er}. À l'article 1^{er} de l'arrêté du Gouvernement du 19 avril 1995 fixant la procédure d'agrément et de fermeture des hôpitaux et des services hospitaliers, les modifications suivantes sont apportées :

1^o le 1^o est remplacé par ce qui suit :

« 1^o la loi sur les hôpitaux : la loi coordonnée du 10 juillet 2008 relative aux hôpitaux et autres établissements de soins; »;

2^o le 3^o est remplacé par ce qui suit :

« 3^o la commission consultative : la commission consultative pour les hôpitaux de la Communauté germanophone »;

3^o l'article est complété par les 5^o et 6^o rédigés comme suit :

« 5^o le réseau hospitalier clinique locorégional : la coopération décrite à l'article 14/1 de la loi sur les hôpitaux, dotée de la personnalité juridique, entre au moins deux hôpitaux agréés distinctement, situés dans une zone géographiquement continue et proposant des missions de soins locorégionales de manière rationnelle et complémentaire;

6^o l'administration : le Ministère de la Communauté germanophone ».

Art. 2. Dans l'article 2 du même arrêté, les mots « un hôpital ou un service hospitalier » sont remplacés par les mots « un hôpital, un service hospitalier ou un réseau hospitalier clinique locorégional ».

Art. 3. À l'article 4, § 1^{er}, du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

1^o dans le 1^o, les mots « article 26 » sont remplacés par les mots « article 39 »;

2^o dans le 2^o, les mots « article 29 » sont remplacés par les mots « article 42 ».

Art. 4. Dans le même arrêté, il est inséré un chapitre IV.1, comportant les articles 10.1 à 10.9, rédigé comme suit :
« Chapitre IV.1 - Agrément dans le cadre du réseautage clinique entre hôpitaux

Section 1^{re}. — Dispositions communes

Art. 10.1 - Le demandeur qui souhaite obtenir un agrément comme réseau hospitalier clinique locorégional s'étendant à la région de langue allemande introduit auprès de l'administration une demande allant dans ce sens.

Le demandeur qui dispose déjà d'un agrément mentionné au premier alinéa et souhaite apporter des modifications dans la répartition de l'offre médicale a besoin d'un nouvel agrément. Il introduit une demande *ad hoc* auprès de l'administration.

Art. 10.2 - Afin que la demande mentionnée à l'article 10.1 soit recevable, il faut qu'elle comporte les documents suivants :

- 1° une liste des hôpitaux déjà agréés qui participent au réseau hospitalier clinique locorégional;
- 2° un plan conceptuel concernant la gestion et la structure du réseau hospitalier clinique locorégional;
- 3° une liste des services et fonctions hospitaliers ainsi que des programmes de soins des hôpitaux participant au réseau hospitalier clinique locorégional, ventilés suivant la répartition desdits services, fonctions et programmes par lieu d'implantation.

Dans un délai de quatorze jours suivant la réception de la demande mentionnée au premier alinéa, le Ministre statue sur sa complétude et informe le demandeur de sa recevabilité.

Si la demande est incomplète, le demandeur peut la compléter après invitation par l'administration. Une fois la demande complète, le Ministre informe le demandeur de sa recevabilité.

Section 2. — Procédure pour les demandes se rapportant essentiellement à la région de langue allemande

Art. 10.3 - Les dispositions de la présente section s'appliquent aux demandes d'agrément en tant que réseau hospitalier clinique locorégional si :

- 1° la plupart des hôpitaux participant se situent en région de langue allemande ou;
- 2° les hôpitaux participant sont répartis de manière équilibrée sur plusieurs entités et la plupart des lits sont situés en région de langue allemande.

Art. 10.4 - L'octroi des agréments mentionnés à l'article 10.1 est soumis aux conditions suivantes :

- 1° le réseau hospitalier clinique locorégional est conforme à la programmation prévue à l'article 14/2, § 2, alinéa 1^{er}, 2°, et alinéa 2, de la loi sur les hôpitaux;
- 2° il ressort des documents présentés que le réseau hospitalier clinique locorégional répond aux prescrits du titre I, chapitre II, section 4, et à l'article 22/1 de la loi sur les hôpitaux;
- 3° le réseau hospitalier clinique locorégional remplit les normes spéciales fixées, le cas échéant, conformément à l'article 67, alinéa 1^{er}, 5°, de la loi sur les hôpitaux;
- 4° la répartition de l'offre médicale entre les hôpitaux participant au réseau hospitalier clinique locorégional a été fixée par le demandeur par lieu d'implantation.

Art. 10.5 - Après réception de la demande complète, l'administration examine si les conditions d'agrément fixées à l'article 10.4 sont remplies.

L'administration peut inviter le demandeur à présenter tout document ou à fournir des renseignements complémentaires. Elle peut lui accorder un délai pour remplir les conditions fixées à l'article 10.4.

Art. 10.6 - § 1^{er} - L'administration transmet à la commission consultative la demande d'agrément accompagnée de tous les documents.

Parallèlement, l'administration communique au demandeur les résultats de l'examen qu'elle a pratiqué. Le demandeur dispose d'un délai de quatorze jours pour communiquer ses remarques à la commission consultative et à l'administration.

§ 2 - La commission consultative transmet son avis au Ministre dans le mois suivant l'expiration du délai mentionné au § 1^{er}, alinéa 2.

À défaut d'avis dans le délai imparti conformément à l'alinéa 1^{er}, l'avis est réputé favorable.

En cas d'avis négatif, l'administration communique au demandeur les remarques formulées par la commission consultative et l'invite à transmettre sa position en la matière dans les quatorze jours à l'administration.

Art. 10.7 - Le Ministre accorde ou refuse l'agrément comme réseau hospitalier clinique locorégional ou l'agrément pour la modification de la répartition de l'offre médicale dans le mois suivant la date à laquelle survient le dernier des événements suivants :

- 1° la commission consultative rend son avis conformément à l'article 10.6, § 2, alinéa 1^{er};
- 2° le délai pour rendre un avis expire conformément à l'article 10.6, § 2, alinéa 2;
- 3° la concertation entre les entités fédérées compétentes a lieu conformément à l'article 8 du protocole de coopération du 30 décembre 2019 entre la Région wallonne, la Commission communautaire commune de Bruxelles-Capitale, la Communauté française et la Communauté germanophone relatif à l'agrément de réseaux hospitaliers cliniques locorégionaux comportant des hôpitaux relevant de la compétence de différentes entités;

Le ministre communique au demandeur la décision qu'il a prise à propos de l'agrément en tant que réseau hospitalier clinique locorégional ou l'agrément pour la modification de la répartition de l'offre médicale et, dans le premier cas, inscrit le réseau dans la programmation fixée conformément à l'article 14/2, § 2, alinéa 2, de la loi lorsque la décision est favorable. Parallèlement, il transmet la décision à l'autorité compétente de l'entité fédérée dont relèvent les autres hôpitaux du réseau hospitalier clinique locorégional.

Lorsque le Ministre rend une décision positive, l'agrément ne prend effet que si l'autorité compétente d'une autre entité fédérée, autorité mentionnée à l'alinéa 2, a pris une décision positive.

Section 3. — Procédure pour les demandes ne se rapportant pas essentiellement à la région de langue allemande

Art. 10.8 - Les dispositions de cette section s'appliquent aux demandes initiales pour l'agrément en tant que réseau hospitalier clinique locorégional s'étendant à la région de langue allemande si :

- 1° la plupart des hôpitaux participant se situent hors de la région de langue allemande ou;

2° les hôpitaux participant sont répartis de manière équilibrée sur plusieurs entités fédérées, la plupart des lits se trouvant toutefois hors de la région de langue allemande.

Art. 10.9 - Après la concertation tenue conformément à l'article 11 du protocole de coopération mentionné à l'article 10.7, alinéa 1^{er}, 3°, le Ministre délivre ou refuse l'agrément en tant que réseau hospitalier clinique locorégional dans le mois suivant la réception de la décision relative à l'agrément en tant que réseau hospitalier clinique locorégional prise par l'autorité compétente de l'entité fédérée dont relèvent la plupart des hôpitaux ou lits d'hôpitaux.

Le Ministre communique au demandeur la décision qu'il a prise à propos de l'agrément comme réseau hospitalier clinique locorégional ou l'agrément pour la modification de la répartition de l'offre médicale. »

Art. 5. Dans l'article 11, alinéa 1^{er}, du même arrêté du Gouvernement, les mots « un hôpital ou un service hospitalier » sont remplacés par les mots « un hôpital, un service hospitalier ou un réseau hospitalier clinique locorégional ».

Art. 6. Cet arrêté produit ses effets le 1^{er} janvier 2020.

Art. 7. Le Ministre compétent en matière de Santé est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 16 juillet 2020.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone :

Le Ministre-Président,

Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances,

O. PAASCH

Le Vice-Ministre-Président,

Ministre de la Santé et des Affaires sociales, de l'Aménagement du territoire et du Logement,

A. ANTONIADIS

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2020/203806]

16 JULI 2020. — Besluit van de Regering tot wijziging van het besluit van de Regering van 19 april 1995 houdende vastlegging van de procedure voor de erkenning en de sluiting van ziekenhuizen en ziekenhuisdiensten

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen, artikel 20;

Gelet op de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, artikel 7;

Gelet op de gecoördineerde wet van 10 juli 2008 op de ziekenhuizen en andere verzorgingsinrichtingen, artikel 14/2, § 2, tweede lid, ingevoegd bij de wet van 28 februari 2019, artikel 69, artikel 72 en artikel 74;

Gelet op het besluit van de Regering van 19 april 1995 houdende vastlegging van de procedure voor de erkenning en sluiting van ziekenhuizen en ziekenhuisdiensten;

Gelet op het verslag van de algemene vergadering van het Rekenhof, uitgebracht op 10 september 2019;

Gelet op het advies van de Adviescommissie voor de ziekenhuizen, gegeven op 11 september 2019;

Gelet op het advies van de inspecteur van Financiën, gegeven op 20 februari 2020;

Gelet op de akkoordbevinding van de Minister-President, bevoegd voor Begroting, d.d. 21 februari 2020;

Gelet op advies 67.110/3 van de Raad van State, gegeven op 15 april 2020, met toepassing van artikel 84, § 1, eerste lid, 2°, van de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973;

Overwegende het protocolakkoord van 30 december 2019 tussen het Waals Gewest, Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie van Brussel-Hoofdstad, de Franse Gemeenschap en de Duitstalige Gemeenschap betreffende de erkenning van locoregionale klinische ziekenhuisnetwerken die bestaan uit ziekenhuizen die onder verschillende deelstaten ressorteren;

Op de voordracht van de Minister van Gezondheid;

Na beraadslaging,

Besluit :

Artikel 1. In artikel 1 van het besluit van de Regering van 19 april 1995 houdende vastlegging van de procedure voor de erkenning en de sluiting van ziekenhuizen en ziekenhuisdiensten worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° de bepaling onder 1° wordt vervangen als volgt :

”1° de wet op de ziekenhuizen : de gecoördineerde wet van 10 juli 2008 op de ziekenhuizen en andere verzorgingsinrichtingen;”

2° de bepaling onder 3° wordt vervangen als volgt :

”3° de Adviescommissie : de Adviescommissie voor de ziekenhuizen van de Duitstalige Gemeenschap;”

3° het artikel wordt aangevuld met bepalingen onder 5° tot 6°, luidende :

”5° het locoregionaal klinisch ziekenhuisnetwerk : de in artikel 14/1 van de wet op de ziekenhuizen beschreven samenwerking in de vorm van een rechtspersoon tussen minstens twee afzonderlijk erkende ziekenhuizen die zich binnen een geografisch aansluitend gebied bevinden en die complementair en rationeel locoregionale zorgopdrachten aanbieden;

6° de administratie : het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap.”

Art. 2. In artikel 2 van hetzelfde besluit worden de woorden ”een ziekenhuis of een ziekenhuisdienst” vervangen door de woorden ”een ziekenhuis, een ziekenhuisdienst of een locoregionaal klinisch ziekenhuisnetwerk”.

Art. 3. In artikel 4, § 1, van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht :

- 1° in de bepaling onder 1° worden de woorden "artikel 26" vervangen door de woorden "artikel 39";
- 2° in de bepaling onder 2° worden de woorden "artikel 29" vervangen door de woorden "artikel 42".

Art. 4. In hetzelfde besluit wordt een hoofdstuk IV.1 ingevoegd, dat de artikelen 10.1 tot 10.9 bevat, luidende :
"HOOFDSTUK IV.1 - ERKENNING IN HET KADER VAN HET KLINISCHE ZIEKENHUISNETWERK

Afdeling 1. — Gemeenschappelijke bepalingen

Art. 10.1 - De aanvrager die een erkenning wenst als locoregionaal klinisch ziekenhuisnetwerk dat zich uitstrekt over het Duitse taalgebied, dient daartoe een aanvraag in bij de administratie.

De aanvrager die reeds over een erkenning vermeld in het eerste lid beschikt en de verdeling van het medisch aanbod wenst te wijzigen, heeft een nieuwe erkenning nodig. Hij dient daartoe een aanvraag in bij de administratie.

Art. 10.2 - Opdat de aanvraag vermeld in artikel 10.1 ontvankelijk is, moet ze volgende documenten omvatten :

- 1° een lijst van de reeds erkende ziekenhuizen die deel uitmaken van het locoregionaal klinisch ziekenhuisnetwerk;
- 2° een plan met een concept voor het beheer en de structuur van het locoregionaal klinisch ziekenhuisnetwerk;
- 3° een lijst van de ziekenhuisdiensten, ziekenhuisfuncties en zorgprogramma's van de ziekenhuizen die deel uitmaken van het locoregionaal klinisch ziekenhuisnetwerk, opgesplitst op basis van de verdeling van die diensten, functies en zorgprogramma's per ziekenhuiscampus.

Binnen een termijn van veertien dagen die ingaat vanaf de ontvangst van de aanvraag vermeld in het eerste lid, beslist de Minister of die aanvraag volledig is en stelt hij de aanvrager over de ontvankelijkheid van de aanvraag in kennis.

Als de aanvraag onvolledig is, kan de aanvrager, nadat hij daartoe door de administratie is aangemaand, zijn aanvraag vervolledigen. Nadat de aanvraag vervolledigd is, stelt de Minister de aanvrager over de ontvankelijkheid in kennis.

Afdeling 2. — Procedure voor aanvragen die hoofdzakelijk betrekking hebben op het Duitse taalgebied

Art. 10.3 - De bepalingen van deze afdeling zijn van toepassing op erkenningsaanvragen als locoregionaal klinisch ziekenhuisnetwerk als :

- 1° de meerderheid van de ziekenhuizen die deel uitmaken van het netwerk in het Duitse taalgebied ligt, of;
- 2° de ziekenhuizen die deel uitmaken van het netwerk in gelijke mate over verschillende deelstaten verspreid zijn en de meerderheid van het aantal ziekenhuisbedden zich op het grondgebied van de Duitstalige Gemeenschap bevindt.

Art. 10.4 - De erkenningen vermeld in artikel 10.1 kunnen alleen worden toegekend als de volgende voorwaarden vervuld zijn :

- 1° het locoregionaal klinisch ziekenhuisnetwerk stemt overeen met de programmatie bepaald in artikel 14/2, § 2, eerste lid, 2°, en tweede lid, van de wet op de ziekenhuizen;
- 2° uit de ingediende documenten blijkt dat het locoregionaal klinisch ziekenhuisnetwerk de voorschriften vervat in titel I, hoofdstuk II, afdeling 4, en vervat in artikel 22/1 van de wet op de ziekenhuizen naleeft;
- 3° het locoregionaal klinisch ziekenhuisnetwerk voldoet aan de eventuele bijzondere normen vastgelegd overeenkomstig artikel 67, eerste lid, 5°, van de wet op de ziekenhuizen;
- 4° de verdeling van het medisch aanbod tussen de ziekenhuizen die deel uitmaken van het locoregionaal klinisch ziekenhuisnetwerk is door de aanvrager vastgelegd per ziekenhuiscampus.

Art. 10.5 - Na ontvangst van de volledige aanvraag onderzoekt de administratie of de erkenningsvoorwaarden bepaald in artikel 10.4 vervuld zijn.

De administratie kan de aanvrager om aanvullende documenten of inlichtingen verzoeken. Ze kan hem een termijn toekennen om de voorwaarden bepaald in artikel 10.4 te vervullen.

Artikel 10.6 - § 1 - De administratie zendt de aanvraag om erkenning met alle documenten over aan de Adviescommissie.

Tegelijkertijd deelt de administratie de resultaten van haar onderzoek mee aan de aanvrager. Die beschikt over een termijn van veertien dagen om zijn opmerkingen aan de Adviescommissie en aan de administratie te laten toekomen.

§ 2 - Binnen één maand na het verstrijken van de termijn vermeld in § 1, tweede lid, zendt de Adviescommissie haar advies over aan de Minister.

Als binnen de termijn gesteld in het eerste lid geen advies is ingediend, wordt het advies als gunstig beschouwd.

Bij een negatief advies deelt de administratie de opmerkingen van de Adviescommissie mee aan de aanvrager en vraagt de administratie aan de aanvrager om haar binnen veertien dagen zijn standpunt daaromtrent mee te delen.

Art. 10.7 - De Minister verleent of weigert de erkenning als locoregionaal klinisch ziekenhuisnetwerk of de erkenning voor de wijziging van de verdeling van het medisch aanbod binnen een maand nadat de volgende gebeurtenissen zich het laatst hebben voorgedaan :

- 1° de Adviescommissie verstrekt haar advies overeenkomstig artikel 10.6, § 2, eerste lid;
- 2° de termijn waarbinnen een advies moet worden verstrekt, verstrijkt overeenkomstig artikel 10.6, § 2, tweede lid;
- 3° het overleg tussen de bevoegde deelstaten vindt plaats overeenkomstig artikel 8 van het protocolakkoord van 30 december 2019 tussen het Waals Gewest, de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie van Brussel-Hoofdstad, de Franse Gemeenschap en de Duitstalige Gemeenschap betreffende de erkenning van locoregionale klinische ziekenhuisnetwerken die bestaan uit ziekenhuizen die onder verschillende deelstaten ressorteren.

De Minister deelt zijn beslissing over de erkenning als locoregionaal klinisch ziekenhuisnetwerk resp. over de erkenning voor de wijziging van de verdeling van het medisch aanbod mee aan de aanvrager en in eerstgenoemd geval neemt hij het netwerk in geval van een gunstige beslissing op in de overeenkomstig artikel 14/2, § 2, tweede lid, van de wet vastgelegde programmatie." Hij zendt de beslissing tegelijkertijd toe aan de bevoegde overheid van de deelstaat die bevoegd is voor de andere ziekenhuizen van het locoregionaal klinisch ziekenhuisnetwerk.

Bij een positieve beslissing van de Minister treedt de erkenning pas in werking als de bevoegde overheid van de andere deelstaat vermeld in het eerste lid ook een positieve beslissing heeft genomen.

Afdeling 3. — Procedure voor aanvragen die niet hoofdzakelijk betrekking hebben op het Duitse taalgebied

Art. 10.8 - De bepalingen van deze afdeling zijn van toepassing op erkenningsaanvragen als locoregionaal klinisch ziekenhuisnetwerk dat zich uitstrekt over het Duitse taalgebied als :

- 1° de meerderheid van de ziekenhuizen die deel uitmaken van het netwerk buiten het Duitse taalgebied ligt, of;
- 2° de ziekenhuizen die deel uitmaken van het netwerk in gelijke mate over verschillende deelstaten verspreid zijn, maar de meerderheid van het aantal ziekenhuisbedden zich buiten het grondgebied van de Duitstalige Gemeenschap bevindt.

Art. 10.9 - Na het overleg overeenkomstig artikel 11 van het samenwerkingsakkoord dat wordt vermeld in artikel 10.7, eerste lid, 3°, wordt de erkenning als locoregionaal klinisch ziekenhuisnetwerk door de Minister verleend of geweigerd binnen een termijn van één maand, te rekenen vanaf de ontvangst van de beslissing over de erkenning als locoregionaal klinisch ziekenhuisnetwerk van de bevoegde overheid van de deelstaat die bevoegd is voor de meerderheid van de ziekenhuizen of de meerderheid van de ziekenhuisbedden.

De Minister deelt zijn beslissing over de erkenning als locoregionaal klinisch ziekenhuisnetwerk resp. over de erkenning voor de wijziging van de verdeling van het medisch aanbod mee aan de aanvrager."

Art. 5. - In artikel 11, eerste lid, van hetzelfde besluit van de Regering worden de woorden "een ziekenhuis of een ziekenhuisdienst" vervangen door de woorden "een ziekenhuis, een ziekenhuisdienst of een locoregionaal klinisch ziekenhuisnetwerk".

Art. 6. - Dit besluit heeft uitwerking met ingang van 1 januari 2020.

Art. 7. - De minister bevoegd voor Gezondheid is belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 16 juli 2020.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap :
De Minister-President, Minister van Lokale Besturen en Financiën,
O. PAASCH
De Viceminister-President,
Minister van Gezondheid en Sociale Aangelegenheden, Ruimtelijke Ordening en Huisvesting,
A. ANTONIADIS

REGION WALLONNE — WALLONISCHE REGION — WAALS GEWEST

SERVICE PUBLIC DE WALLONIE

[2020/204218]

1^{er} SEPTEMBRE 2020. — Arrêté ministériel modifiant pour l'année 2020 l'arrêté ministériel du 23 avril 2015 exécutant l'arrêté du Gouvernement wallon du 12 février 2015 exécutant le régime des paiements directs en faveur des agriculteurs

Le Ministre de l'Agriculture,

Vu le règlement (UE) n° 1307/2013 du Parlement européen et du Conseil du 17 décembre 2013 établissant les règles relatives aux paiements directs en faveur des agriculteurs au titre des régimes de soutien relevant de la politique agricole commune et abrogeant le règlement (CE) n° 637/2008 du Conseil et le règlement (CE) n° 73/2009 du Conseil;

Vu le règlement délégué (UE) n° 639/2014 de la Commission du 11 mars 2014 complétant le règlement (UE) n° 1307/2013 du Parlement européen et du Conseil établissant les règles relatives aux paiements directs en faveur des agriculteurs au titre des régimes de soutien relevant de la politique agricole commune et modifiant l'annexe X dudit règlement;

Vu le Code wallon de l'agriculture, les articles D.4, D. 241 à D.243 et D.251;

Vu l'arrêté du Gouvernement wallon du 12 février 2015 exécutant le régime des paiements directs en faveur des agriculteurs, l'article 52;

Vu l'arrêté ministériel du 23 avril 2015 exécutant l'arrêté du Gouvernement wallon du 12 février 2015 exécutant le régime des paiements directs en faveur des agriculteurs;

Vu le rapport du 18 août 2020 établi conformément à l'article 3, 2°, du décret du 11 avril 2014 visant à la mise en œuvre des résolutions de la Conférence des Nations unies sur les femmes à Pékin de septembre 1995 et intégrant la dimension du genre dans l'ensemble des politiques régionales;

Vu l'urgence motivée par ce qui suit :

Considérant que les précipitations peu abondantes des mois de février, mars et avril 2020, qui ont handicapé inhabituellement la croissance des végétaux au printemps, auxquelles s'ajoutent la canicule du mois d'août 2020 et les besoins de fourrage du bétail en prairie en résultant, demandent une adaptation immédiate de règles applicables aux cultures dérobées pour l'année 2020;

Considérant que certains agriculteurs n'ont pas été en mesure de semer des cultures dérobées dans de bonnes conditions au bon moment en raison de cette sécheresse et la difficulté pour ces agriculteurs de mettre en œuvre leur plan de culture dans des bonnes conditions sans réduire la période pendant laquelle les surfaces portant des cultures dérobées doivent être mises en place;

Considérant que les agriculteurs doivent pouvoir bénéficier de ces dérogations dès aujourd'hui étant donné que ces difficultés sont déjà présentes dans les exploitations;

Vu l'avis de l'Inspection des Finances, rendu le 19 août 2020;

Vu l'accord du Ministre du Budget, rendu le 1^{er} septembre 2020;